

**Haushaltsrede**  
**des Vorsitzenden der**  
**FDP-Fraktion im Rat der Stadt Siegen**

**Klaus Volker WALTER**

Sitzung des Rates der Stadt Siegen am 14. April 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrvermerk: Freigabe mit Beginn der Rede des Vorsitzenden

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

leider hat der alte Kämmerer-Witz „Gestern standen wir am Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter“ wieder an Aktualität gewonnen. Die wirtschaftliche Blüte der vergangenen Jahre hat den Städten nicht geholfen, wie die Entwicklung zum Beispiel bei den Kassenkrediten beweist. Jetzt erwarten zahlreiche Mitgliedsstädte des Städtetags Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren die bilanzielle Überschuldung.

Das ist kein Problem das durch unsoliden Wirtschaften verursacht wird. Nein – die Kommunen sind durch die staatliche Ebene fast schon mutwillig unterfinanziert. Seit dem vierten Quartal des Jahres 2008 verzeichnen die Städte teils massive Einbrüche bei Steuereinnahmen, während die Sozialausgaben gleichzeitig ansteigen. Städte und Gemeinden müssen sich künftig wieder selbst verwalten und finanzieren können – das ist die zentrale Forderung an eine grundlegende Reform der Gemeindefinanzierung. Die völlig konjunkturabhängige Gewerbesteuer ist weder ein berechenbares noch ein stabiles Fundament. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass die FDP auf Bundesebene schon mehrere Anläufe unternommen hat, um im Rahmen einer „Liberalen Gemeindefinanzreform“ die Probleme aufzugreifen und zu einer Neuregelung mit dem Ziel einer Kommunalsteuer zu kommen. Leider sind die anderen im Bundestag vertretenen Parteien darauf bisher nicht eingegangen.

Meine Damen und Herren,  
der Stadtkämmerer hat deutlich gewarnt, welche Konsequenzen die Entwicklung der Kassenkredite haben wird. Die Gefahr, dass wir in 2010 die 150 Mio. € - Marke übertreffen, ist realistisch. Und was, wenn die Zinsen steigen? Währenddessen geht der Haushaltsentwurf des Kreises von einem Kassenkreditvolumen von durchschnittlich 10 Mio. € im Jahr 2010 aus. Ein „traumhafter“ Wert, zumal wir wissen, wer diesen Traum bezahlt hat.

Trotzdem lässt der Kreis die notwendige Solidarität vermissen, was im übrigen in seiner Funktion als Untere Aufsichtsbehörde noch wichtiger wäre. Der gemeinsame Appell der Konferenz der Bürgermeister vom November 2009 konnte daran kaum etwas ändern. Auch in Kenntnis dessen, dass meine eigenen Parteifreunde im Kreistag diesbezüglich keine erfreuliche Rolle spielen, zeigt sich die FDP-Fraktion enttäuscht über das Verhalten des Kreises und fordert ein Umdenken.

Ich komme im Laufe meiner Haushaltsrede noch mal auf dieses Thema zurück.

Meine Damen und Herren,  
die Kommunalwahl liegt erst ein gutes halbes Jahr zurück. Auch wenn im damaligen Wahlkampf die dramatische Entwicklung der kommunalen Einnahmesituation in diesem Ausmaß noch nicht erkennbar war, hat die FDP ihre Schwerpunktaussagen und -themen sehr wohl unter finanzpolitischer Sichtweise getroffen. Insoweit werden wir unsere kommunalpolitische Arbeit und Zielsetzung nicht nennenswert umstellen müssen. Eine nachhaltige Finanzpolitik im Sinne künftiger Generationen steht für uns immer im Vordergrund. Und eines will ich hier und heute ganz deutlich betonen! Was die Aufsichtsbehörde will, fordern wir schon lange. Ich verweise auf meine früheren Haushaltsreden.

Einen wesentlichen Aspekt stellt dabei die Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit dar. Bereits in meinen Haushaltsreden 2008 und 2009 habe ich auf die damalige Initiative des Landrates Bezug genommen, der gemeinsam mit den Bürgermeistern in einer „Kommission Zukunftsaufgaben“ strukturelle Änderungen zur Verbesserung der kommunalen Haushalte anpacken wollte.

Ergebnis war jedoch, dass die weiteren Aktivitäten nahezu komplett eingestellt wurden. Jetzt, da der Wasserstand die Unterlippe überstiegen hat, müssen wir uns vom Regierungspräsidenten sagen lassen, dass genau solches notwendig ist. Übrigens fordert auch die Bürgermeister-Konferenz in ihrem Schreiben vom 20. 11. 2009 an den Landrat ein radikales Umdenken auf allen staatlichen Ebenen und eine Bündelung der Kräfte in einigen Aufgabenbereichen wie z. B. Wirtschaftsförderung und Kultur, um zu nachhaltigen Einsparungen zugunsten der gesamten kommunalen Gemeinschaft zu kommen. Diese interkommunale Zusammenarbeit z. B. in Form einer entsprechenden Kommission hatte und hat für uns Priorität und ist im übrigen im besagten Wahlprogramm vom August 2009 nachzulesen. Wir haben bereits 2008 vorgeschlagen, die Volkshochschulen zusammen zu legen.

In einer solchen interkommunalen Zusammenarbeit muss selbstverständlich auch der Kreis Beiträge zur Konsolidierung leisten. Ich wiederhole mich gerne, wenn ich das Thema „Siegerland-Flughafen“ in Erinnerung bringe, eine im Vergleich zu vielen anderen zur Disposition stehenden Projekte überflüssige und teure Einrichtung.

Meine Damen und Herren,  
diese Stadt hat in den vergangenen Jahren hunderte und tausende von Arbeitsstunden in der Verwaltung wie in der Politik investiert, um unser Gewerbeflächenproblem zu lösen. Unter dem Strich ist wenig herausgekommen. Da ist der Heidenberg, auf dem wir heute unsere Versäumnisse der Vergangenheit zu reparieren haben. Die Faule Birke in Eisern ist auch nach Jahren ein ungelöstes Problem. Die Planungen für Oberschelden und Seelbach – denen wir auch weiter nicht zustimmen werden – sind erheblich risikobehaftet und außerdem enorm teuer. Die Flächen an der Martinshardt und im Leimbachtal sind zu einem Preis in städtisches Eigentum gekommen, der nicht akzeptabel ist, ein Preis, den man den Bürgern kaum noch verständlich machen kann. Hier werden wir Industriebetriebe nicht fördern, sondern massiv subventionieren. Die Arbeitsplätze, die hier entstehen, sind teuer, wahrscheinlich zu teuer erkaufte.

Wir haben schließlich mindestens genauso lange über einzelne Stadtteile nachgedacht, in denen Gewerbe und Wohnen traditionell nebeneinander stattfanden. Wir hatten auf der Sieghütte die Situation, dass eine Reihe von großen Gewerbegrundstücken zur Verfügung standen, wir haben jahrelang über die Neugestaltung der Hammerhütte diskutiert. Wir haben uns über die Neugestaltung des Bereichs Schleifmühlchen auseinandergesetzt. Und was ist passiert? Der Berg hat gekreißt, und heraus kam ein Mäuslein.

Und damit sind wir bei einem Kernproblem, um dessen Diskussion wir uns nicht herumogeln können.

- Ist es noch verantwortbar, Gewerbegebiete um jeden Preis – ich betone: um jeden Preis – neu zu erschließen?
- Können wir es uns erlauben, weiter Flächenfraß zu betreiben, wenn wir nicht vorher alle Alternativen – Stichwort Mischgebiete - genutzt haben?
- Was werden wir denn tun, wenn das alte Gewerbesteuersystem durch eine Beteiligung der Kommunen an der Umsatzsteuer abgelöst werden sollte? Wir orientieren uns in unserem Tun nicht an Notwendigkeiten, sondern an einem überkommenen Steuersystem, das nach Reform geradezu schreit. Wir werden uns perspektivisch über diese Dinge auseinandersetzen müssen. So wie bisher geht es jedenfalls nicht weiter.

Wir wollen uns an den Notwendigkeiten orientieren. Das heißt, dass unsere Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten brauchen und zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Diese Flächen können in Siegen selber sein – wenn es wirtschaftlich darstellbar ist – das kann aber auch in interkommunalen Zusammenhängen geschehen. Ob sich ein Unternehmen in Siegen ansiedeln will oder – warum auch immer – in einem gemeinsamen Gewerbegebiet in Kreuztal, Freudenberg oder Netphen, **das ist zweitrangig**. Entscheidend ist, dass Siegener Arbeitnehmer in zumutbarer Entfernung Arbeit finden, und dass in der Region Wirtschaft und Arbeit stattfinden. Mit Kirchturmsdenken kommen wir nicht weiter, sondern höchstens auf die Kalteiche.

Ein Aspekt kommt uns aber noch zu kurz. Unsere Unternehmen – das sind nicht nur die kapitalkräftigen Mittelständler. Das sind auch die kleinen Handwerksbetriebe, die traditionell mitten im Leben, mitten in der Wohnbebauung gearbeitet haben. Wir sollten uns Gedanken machen, wie wir Wohnen und Arbeiten an einem Ort verträglich gestalten können. Das bedeutet, dass wir uns neue Gedanken über die Zukunft unserer Mischgebiete machen müssen. Wir sollten solche Gedanken auch beim Stadtumbau West in Geisweid entwickeln, ebenso wie wir es auf der **Sieghütte** und **Hammerhütte** längst hätten tun müssen. Und nicht zuletzt ist es eine ständige Aufgabe, auch die bürokratischen Hemmnisse und Hürden für Unternehmen so gering wie möglich zu halten.

Zu einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur gehört eben nicht nur, den Raum bereitzustellen, sondern auch die Rahmenbedingungen zu gestalten. Das berührt die verschiedensten Politikbereiche.

Die **Sozialpolitik**, weil wir es schwer erträglich finden, dass viele Menschen ihre Möglichkeiten nicht nutzen können, obwohl sie oft nur auf ihre Chance warten.

Die **Umweltpolitik**, weil wir den Eindruck haben, dass die Notwendigkeiten der Wirtschaft und Umweltschutz sehr viel mehr Gemeinsamkeiten haben, als bisher realisiert wurde.

Die **Stadtentwicklungspolitik**, weil wir nicht mehr wollen, dass immer nur punktuell herumgedoktert wird.

Wir brauchen einen Stadtentwurf aus einem Guss, den die Bürger akzeptieren, den aber auch die Wirtschaft als Angebot einer langfristigen Perspektive versteht.

Die **Schulpolitik**, weil wir auf Dauer gut ausgebildete junge Menschen in ihre Ausbildung übergeben wollen und dazu Schulen brauchen, die immer besser werden. Wir sind uns bewusst, dass wir bis zum Jahr 2025 zwischen 25 und 30 Prozent weniger Schüler haben werden. Dieses demografische Problem werden wir nicht mit Kahlschlag lösen, **sondern mit intelligenten Konzepten**. Wir wollen, dass nicht viele kurze Beine lange Wege gehen, sondern dass wenige Lehrer zwischen verschiedenen kleinen Schulstandorten pendeln. Wir wollen, dass man kleine Schulen mit Phantasie erhält. So lange nicht alle Möglichkeiten der Schulorganisation ausgeschöpft sind, so lange sich Eltern für die Schule ihrer Kinder engagieren, so lange wir die Chance sehen, dass wir mit kleineren Klassen mehr Bildungsqualität schaffen, wollen wir jeden Schulstandort erhalten. Vielleicht bekommen wir ja auch Unterstützung von der CDU, deren Ministerpräsident sich ja in diesen Tagen sehr eindeutig dazu geäußert hat, wie groß Grundschulklassen seiner Meinung nach maximal sein dürfen. Das sind wir übrigens auch den Kindern schuldig, die von vorneherein weniger Chancen haben. Eine Investition in Kinder aus bildungsfernen Haushalten, aus Migrantenfamilien ist eine Investition in erträglichere Sozialhaushalte in zehn oder fünfzehn Jahren. In diesem Sinne werden wir uns auch intensive Gedanken über Qualität und Image von Förderschulen und Hauptschulen machen müssen. Wir werden die demografischen Probleme der Dörfer ohne die Schule im Dorf nicht lösen. Und wir sollten demografische Probleme nicht durch kurzfristige Entscheidungen langfristig verschärfen. Unsere Verantwortung für diese Schulen geht über die des Schulträgers hinaus. Wir wollen nicht nur kaufmännischer Geschäftsführer des Stadtbetriebs Bildung sein, sondern gestalten und verbessern. Um es deutlich zu sagen: Wer die Schulen in den Dörfern grundsätzlich in Frage stellen will, kann auch gleich ein Schild an den Ortseingang stellen mit der Aufschrift: „**Hier sind Familien unerwünscht**“.

Es stand zu erwarten, dass in den heutigen Haushaltsreden viel über unsere finanzielle Situation lamentiert wird. Dabei wird oft eines übersehen: Nach kaufmännischen Maßstäben war diese Stadt schon seit vielen Jahren in einer insolvenzähnlichen Situation. Anders ausgedrückt: Ein Arbeitsloser, der mit einem solchen Negativsaldo zum Schuldnerberater geht, findet dort keine Hilfe mehr. Der allergrößte Teil des städtischen Haushaltes wird uns in Form von Pflichtausgaben von Land und Bund diktiert. Jetzt erwartet uns ein Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das bei uns als Frustrations-Beschleunigungsgesetz ankommt. Als FDP sind wir sehr für niedrigere Steuern. Verschiebebahnhöfe brauchen wir jedoch nicht. Nach wie vor sind die Städte und Gemeinden die Basis unseres Staates, und auch der Bund kann es sich nicht leisten, diese Basis immer mehr auszuhöhlen. Ganz davon abgesehen halten wir auch nichts davon, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen.

Unabhängig vom Schuldenstand muss es irgendwie weitergehen in dieser Stadt. Wir können uns nicht davor drücken, langfristig sinnvolle Investitionen zu tätigen, auch wenn sich die Investition kurzfristig nicht rechnet. Stichwort Wirtschaftsförderung, Stichwort Bildungsförderung, Stichwort Infrastruktur. Das wird die große Aufgabe der Zukunft sein, solche Investitionen noch leisten zu dürfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch das Thema „**Hallenbäder und mögliche Schließungen**“ ansprechen. Die FDP setzt sich für den Erhalt aller Hallenbäder in der Stadt ein. Die Finanzen der Stadt können nicht seriös auf Kosten des Sports und der Gesundheit der Siegener saniert werden. Eine Schließung des Hallenbades in Eiserfeld ist für den mit Infrastruktureinrichtungen nicht gut ausgestatteten Stadtteil ebenso eine Katastrophe wie die Schließung der anderen Bäder für diese Stadtteile. Die Diskussion ist zudem unredlich, weil jeder der Beteiligten weiß, dass die Einspareffekte durch die Schließung von einem oder mehreren Bädern nicht erreicht sind. Zudem missachten die Schließungsbefürworter, dass in das Hallenbad am Löhrtor bereits erhebliche

Sanierungsmittel geflossen sind, darunter auch Landesmittel, die dann unter Umständen zurückgezahlt werden müssen. Nicht nur die Unterschriftenlisten für den Erhalt des Löhrtor-Bades beweisen: Alle Hallenbäder haben für die Stadt eine erhebliche Bedeutung, die über den reinen Freizeitwert deutlich hinausgehen. Zu diesen Aufgaben gehört das Vorhalten von Kapazitäten für das Schulschwimmen und für den Vereinssport. Es ist auch wichtig, dem Schwimmverein Neptun Siegerland und der DLRG nicht die Existenzgrundlage zu rauben, was durch eine Schließung des Bades zwangsläufig geschehen würde.

Die FDP hält es deshalb für notwendig, die Personalkosten in den Bädern sozialverträglich, aber spürbar zu senken. Derzeit sind im Haushalt 22 Stellen für den Betrieb der Hallenbäder vorgesehen. Über die Sauna am Hallenbad am Löhrtor muss ebenfalls nachgedacht werden, weil sie in ihrer jetzigen Form nicht am Markt konkurrenzfähig ist. Notfalls muss eine solche Einrichtung geschlossen werden, zumal dies nicht ursächliche Aufgabe einer Kommune ist.

Trotz Bauchschmerzen sind wir bereit, die nach zähen Verhandlungen erarbeitete Sparliste mitzutragen, da wir hier die einzige kurzfristige Möglichkeit sehen, im Rahmen der Selbstverwaltung die Eigenständigkeit zu bewahren. Aus diesem Grunde tragen wir auch die vorgeschlagenen Steuererhöhungen mit, weil letztendlich im Ergebnis ein erster Sanierungsschritt des Haushaltes erfolgt. Insofern stimmen wir heute auch dem vorgelegten Haushaltsentwurf zu, damit unsere Stadt und dieser Rat handlungsfähig bleiben.

Wir sollten uns stets bewusst sein, dass, wer verteilen will ohne zu besitzen, der enteignet unsere Kinder und Enkelkinder.

Meine Damen und Herren,  
ich komme zum Schluss meiner Ausführungen. Die kommunale Selbstverwaltung der Kommunen wird immer mehr zu Grabe getragen, während sich Bund und Länder mit der Ausrede der Wirtschaftskrise unbegrenzte neue Verschuldungsmöglichkeiten verschaffen. Es sind alle Parteien aufgefordert, diese Tendenz zu stoppen!

Abschließend halte ich es für wichtig, bei allen notwendigen Sparbemühungen das Prinzip der Gleichbehandlung zu beachten. Dies betrifft sowohl die 17 Produktbereiche im städtischen Haushalt als auch das Personal. Man darf nicht nur in den unteren Vergütungsgruppen sparen. Man darf auch die Führungsebene nicht aussparen.

Last but not least ist aus Sicht der FDP-Fraktion das bürgerschaftliche und damit ehrenamtliche Engagement von tausenden Mitbürgern in verschiedenen Vereinen und Organisationen hervorzuheben. Sie tragen wesentlich zur Verbesserung unseres Lebensumfeldes und der Lebensqualität bei. Wer sich selbst organisiert, erspart der Stadt Kosten und Aufwand. Das ist nach wie vor aller Ehren – und auch Mühen - wert.

Georg Christoph Lichtenberg hat es treffend formuliert: „Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Wenn es aber besser werden soll, muss es anders werden“.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.